

Stellungnahme von **Dr. Petra Fuchs, Charité - Institut für Geschichte der Medizin**  
vom 29. Mai 2012, unterstützt von **totgeschwiegen e.V. Gesellschaft gegen Stigmatisierung  
psychisch kranker Menschen**,  
im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters  
der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom  
24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße  
für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

*1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?*

**In der Konzeption für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ wird die bestehende „authentische“ historische Gesamtanlage als Gedenk-, Erinnerungs- und Lernort ausgewiesen und beschreibt damit die drei übergreifenden Aufgaben, die die Gedenkstätte verfolgt:**

- **als Gedenkort hält sie die Erinnerung an das Leiden der Opfer von rassistisch und politisch motivierter Diskriminierung, Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung wach;**
- **als Erinnerungsort erforscht, rekonstruiert und dokumentiert sie die „mehrfache Vergangenheit“, die dieser Ort repräsentiert und**
- **als Lernort wendet sie sich mit ihrer Dauerausstellung, mit Veranstaltungen und Publikationen zum einen an die lokalen, regionalen, nationalen wie internationalen Besucher\_innen sowie an die breite Öffentlichkeit. Zum anderen hält sie ein pädagogisches Angebot bereit, das sich primär an Jugendliche, Schüler\_innen und Auszubildende wendet.**

**Mit der für 2013 geplanten Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus wird es der Gedenkstätte Lindenstrasse endlich möglich sein, ihr Potential, die „mehrfache Vergangenheit“ dieses „authentischen“ historischen Erinnerungsortes, auszuloten und produktiv zu machen.**

**Dies kann jedoch nur gelingen, wenn das nationalsozialistische Regime und die DDR nicht vereinfachend gleichgesetzt und die Singularität des NS vernachlässigt wird. Angesichts der Tatsache, dass das Ausstellungsmodul zum Nationalsozialismus die rassenhygienisch motivierte Sterilisationspolitik des NS-Staates thematisiert und deren Opfer ebenso würdigt wie die Verfolgung der jüdischen Einwohner\_innen Potsdams und deren spätere Vernichtung, angesichts der in der Ausstellung darzustellenden Verbindungslinien zwischen nationalsozialistischem Krankenmord und dem Genozid an den Juden, ist es unabdingbar, die unterschiedlichen Voraussetzungen und ideologischen Zielsetzungen dieser beiden „totalitären Regime“ zu dokumentieren und vor allem dem Aspekt der rassistisch motivierten Verfolgung und der historischen Bedeutung des Holocaust gerecht zu werden.**

**Der Bezug auf Faulenbach in der Konzeption der Gedenkstätte macht bisher einen eher formelhaften Eindruck und müsste im Einzelnen und konkretisiert und im Detail ausgeführt werden.**

*2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?*

Das erklärte Ziel, das „Gedenken an das menschliche Leid der Verfolgten und Opfer wachzuhalten“, ist für die sehr heterogene Gruppe der Opfer nationalsozialistischer Verbrechen bisher noch nicht eingelöst. Die aktive Stärkung des Gedenkens, Erinnerns und Lernens an speziell dieser Zeitschicht sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Menschen, die zwischen 1933 und 1945 an diesem authentischen historischen Ort gelitten haben, ist eine der zentralen Schwerpunkte der zukünftigen Gedenkstättenarbeit. Priorität müsste es demnach sein, im Rahmen gezielter Öffentlichkeitsarbeit, öffentlicher Veranstaltungen u.ä.m. sowie in der historisch-politischen Bildungsarbeit der Gedenkstätte genau diesen Aspekt zu präsentieren, zu diskutieren und diese Periode der mehrfachen Vergangenheit im Bewusstsein und in der Wahrnehmung der breiten Öffentlichkeit, des nationalen und internationalen Publikums, das die Gedenkstätte besucht, zu verankern.

Das Gedenken, Erinnern und Lernen betrifft in diesem Zusammenhang drei große Gruppen:

- die Opfer der NS-Erbgesundheitspolitik: zwangssterilisierte Kinder, Frauen und Männer, Juden und Nichtjuden, Reichsdeutsche und in Potsdam lebende Ausländer\_innen, rassistisch verfolgte, sozial unerwünschte, psychisch kranke sowie geistig und körperlich behinderte Menschen aus Potsdam und der Provinz Brandenburg. Einige dieser Menschen fielen nach ihrer Unfruchtbarmachung dem 1939 beginnenden nationalsozialistischen Krankenmord (NS-„Euthanasie-Aktion T4“) zum Opfer;
- die inhaftierten Zwangs- und Zivilarbeiter\_innen aus West- und Osteuropa, darunter auch Minderjährige, die oftmals wegen geringfügigster „Delikte“ in der Lindenstrasse inhaftiert wurden und nach Verbüßung ihrer Strafe in der Regel wieder in die Potsdamer und Brandenburger Privathaushalte, Unternehmen und Betriebe zurückkehrten, wo ihre Arbeitskraft unter schlechtesten Lebensbedingungen gegen ihren Willen weiterhin ausgebeutet wurde. Zu den Inhaftierten im Gerichtsgefängnis der Lindenstrasse zählten darüber hinaus politisch und rassistisch Verfolgte, zu den letzteren gehörten auch jüdische Einwohner\_innen aus Potsdam, die kriminalisiert wurden, weil sie wissentlich oder unwissentlich gegen die antisemitische Gesetzgebung des NS-Regimes verstoßen hatten. Die politisch Verfolgten kamen aus den Reihen des organisierten linken wie des bürgerlichen und christlichen Widerstandes. Die Widerstandsgruppe „Gemeinschaft für Frieden und Aufbau“ war dabei der einzige Zusammenschluss jüdischer und nichtjüdischer Aktiver, die verfolgten Juden halfen. 1944 wurden fast alle Mitglieder verhaftet, acht davon waren in der Lindenstrasse inhaftiert;
- die Häftlinge, Männer und Frauen, die sich im Rahmen ihres Verfahrens vor dem Volksgerichtshof in Potsdam (Sitz der „Dienststelle Potsdam“ im Land- und Amtsgericht in der Kaiser-Wilhelm-Strasse 8, heute: Hegelallee) zwischen 1943 und 1945 in der Lindenstrasse in U-Haft befanden und von dort aus in Zuchthäuser und andere Haftanstalten überwiesen oder zur Hinrichtung nach Brandenburg-Görden oder Plötzensee transportiert wurden.

Im Kontext adressatenspezifischer Konzepte, Vermittlungsformen und Methoden ebenso wie im Rahmen inklusiver Pädagogik ist es notwendig, Menschen mit (geistigen) Behinderungen und psychischen Erkrankungen sowie sozial Benachteiligte bzw. Jugendliche und Erwachsene aus bildungsfernen Milieus, Menschen mit Migrationshintergrund und jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft als weitere Zielgruppen zu berücksichtigen, an die sich die Dauerausstellung, das pädagogische Angebot und die historische Information der Gedenkstätte richten. Die NS-Geschichte betrifft sie in besonderer Weise, denn aus diesen sozialen Gruppen stammten die weiter oben beschriebenen Opfer der NS-Verbrechen.

Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang die kritische Auseinandersetzung mit Entwicklungen in der heutigen Zeit, wie mit dem heutigen Rechtsextremismus, aber auch mit ethischen Fragestellungen zum Umgang mit Behinderung und Krankheit (Sterbehilfe,

pränatale Diagnostik, Stammzellenforschung etc.). Diese Angebote könnten gleichermaßen im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erfolgen wie im Kontext von Veranstaltungen, die sich gezielt an ein erwachsenes Publikum wenden. Perspektivisch anzustreben wäre der Ausbau der Gedenkstätte zu einem Forschungsort. Dieser müsste räumlich nicht in der Gedenkstätte untergebracht sein, er könnte jedoch mit einem eigenen Sammlungs- und Bibliotheksbestand, mit z.T. bereits vorliegenden Datenbanken und Forschungsprojekten in Kooperation mit Universitäten, Forschungseinrichtungen und Archiven, Instituten und Gedenkstätten geführt werden. Die bestehende Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung sollte entsprechend weitergeführt und ausgebaut werden.

*3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?*

**Der Verlust von Zeitzeug\_innen für die Zeit des Nationalsozialismus und die unmittelbare Nachkriegszeit wird in der Fachöffentlichkeit seit längerem diskutiert. Eine naheliegende, aber nicht erschöpfende Möglichkeit, das fehlende direkte Zeugnis zu „ersetzen“, besteht im Rückgriff auf Film- und Tondokumente, in denen sich Zeitzeug\_innen noch zu ihren Lebzeiten geäußert haben.**

**Für die Gruppe der Zwangssterilisierten wäre es möglich, lebensgeschichtliche Interviews zu verwenden, die die Arbeitsgemeinschaft Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten (AG BEZ) in den letzten Jahren unter seinen Mitgliedern durchgeführt hat bzw. entsprechende Publikationen mit Zeitzeug\_innenäußerungen zu berücksichtigen. Regional bezogene Filme über das Leben und Leiden einzelner Opfern der Zwangssterilisation könnten ebenfalls in die Gedenkstättenarbeit einbezogen werden. Allerdings ließe sich grundlegend feststellen, dass die „Zukunft der Erinnerung“ (Harald Welzer) eher auf darauf gerichtet sein wird, einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit des Erinnerns an die NS-Verbrechen zu befördern. Diese Perspektive könnte in besonderer Weise der Ausgangspunkt der Gedenkstätte Lindenstrasse für die Erfüllung ihrer Aufgaben sein.**

*4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt, wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit 1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.*

-----

*5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfstigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?*

Im Rahmen adressatenspezifischer Konzepte und Vermittlungsformen, im Kontext inklusiver Pädagogik und der Auseinandersetzung mit der aktuellen gesellschaftlichen Realität bestehen Möglichkeiten, „Betroffene“ und deren Interessenvertretungen aktiv und direkt in die Strukturen der Gedenkstätte einzubinden.

Ein bereits erprobtes und mit einem Preis ausgezeichnetes pädagogisches Konzept ermöglicht es beispielsweise lernbehinderten Menschen, sich mit der Geschichte von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“ als Teil ihrer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen und Besuchsangebote für diese Zielgruppe in Leichter Sprache zu erarbeiten (Uta George, Hadamar; Mensch zuerst – Netzwerk people first in Deutschland e.V.).

Für ein inklusives Angebot, das insbesondere auch Menschen mit Behinderungen einbezieht, muss die Gedenkstätte barrierefrei zugänglich sein. Dies ist gerade für den Gefängnisstrakt eine hohe und perspektivisch nur auf lange Sicht zu erfüllende Anforderung. Immerhin könnte die Gedenkstätte durch das Aufgreifen dieses Gedankens ein Zeichen setzen. Für den ehemaligen Saal des Potsdamer Erbgesundheitsgerichtes sowie die angrenzenden Räume im Erdgeschoss müsste der barrierefreie Zugang allerdings mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zur NS-Geschichte umgesetzt werden. Dies betrifft auch die Eingangssituation der Gedenkstätte Lindenstrasse.

Das Kriterium der Barrierefreiheit müsste auch für eine mögliche Präsentation im Internet erfüllt werden, eine Form der (interaktiven) Darstellung und Vermittlung, auf die Gedenkstättenarbeit in Zukunft nicht mehr verzichten kann, wenn sie ein breites, vor allem junges und jüngeres Publikum erreichen möchte.

Weitere Möglichkeiten der Einbeziehung von Opfer- und Interessenverbänden in die Strukturen der Gedenkstätte bestehen in der gezielten Ansprache und Kooperation, z.B. die Einladung zu Gedenk- und anderen Veranstaltungen, die Konsultation im Vorfeld und die Einbeziehung in deren Gestaltung, der– auch kontroverse – Dialog mit dem Verbänden und ihren Vertreter\_innen bzw. Mitgliedern.

Wissenschaftliche Institutionen, die sich mit den drei oben genannten inhaltlichen Schwerpunkten des Ausstellungsmoduls zur NS-Geschichte beschäftigen, können die Gedenkstätte durch die Präsentation von Forschungsergebnissen, gemeinsame Projekte, die Einbindung der Ausstellungsinhalte in akademische Lehrveranstaltungen und Exkursionen sowie kooperierende Veranstaltungen unterstützen.

Der Beirat sollte, was die Dokumentation der unterschiedlichen Perioden und die Repräsentation der jeweiligen Opfergruppen angeht, ausgeglichen besetzt sein. Die in Frage kommenden Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftlichen und sonstigen Einrichtungen im Zusammenhang mit der NS-Geschichte, sind nach wie vor unterrepräsentiert. In Ergänzung zum Adressaten-/Verteilerkreis möchte ich anregen, die nachfolgenden Vereine, Verbände und Institutionen als mögliche Ansprechpartner\_innen und Beiräte mit einzubeziehen:

- Arbeitsgemeinschaft der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten, Berlin
- Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe
- Disability History bei der Internationalen Forschungsstelle Disability Studies (IDIS), Universität Köln
- Institut für Geschichte der Medizin, Berlin
- Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft, Berlin
- die bestehenden „Euthanasie“-Gedenkstätten in Deutschland und Österreich (Bernburg, Grafeneck, Hadamar, Hartheim, Pirna-Sonnenstein), insbesondere die in Kürze öffnenden Euthanasie-Gedenkstätte Brandenburg
- Lebenshilfe e.V., Berlin
- Mensch zuerst – Netzwerk people first in Deutschland e.V., Berlin